

# **Exkurs: Europäische Vergleichsbetrachtung**

**Prüfbericht über die Relevanz weiterer Untersuchungen  
im europäischen Raum**

**zum Thema:**

**Zukunft im Quartier – Perspektiven nachhaltiger  
Stadtentwicklung und die Rolle der Jugend**

im Auftrag des Instituts für kommunale Wirtschaft und Umweltplanung (IKU),  
Wiesbaden

erstellt durch die

**PROJEKTGRUPPE STADT + ENTWICKLUNG  
FERBER, GRAUMANN UND PARTNER  
Stieglitzstraße 84  
04229 Leipzig**

Leipzig, November 2000

## Gliederung

### 1. Recherchen

- 1.1 Aktivitäten der Europäischen Union
- 1.2 Recherche nationaler Programme
- 1.3 Weitere Einzelprojekte

### 2. Einschätzung der Relevanz für die deutsche Fachdiskussion

Der nachfolgende Prüfbericht über die Relevanz von Untersuchungen zum Thema "Zukunft im Quartier - Perspektiven nachhaltiger Stadtentwicklung und die Rolle der Jugend" basiert auf einer Internet- und Literaturanalyse sowie vertiefenden Telefonbefragungen ausgewählter europäischer Ansprechpartner.

#### 1. Recherchen

Untersucht wurden folgende Aspekte:

- Aktivitäten und Initiativen der Europäischen Union, die im direkten oder indirekten Zusammenhang mit dem Themenfeld stehen
- Aktivitäten und Initiativen auf staatlicher Ebene in europäischen Nachbarstaaten
- Praktische Projektbeispiele.

##### 1.1 Aktivitäten der Europäischen Union

Auf den ersten Blick lassen sich konkrete Zuständigkeiten der Europäischen Union aufgrund des Subsidiaritätsprinzips weder für die Bereiche Städtebau noch Jugendpolitik ableiten. Dennoch wirken Gemeinschaftspolitiken vielfach auf beide Themenbereiche ein. Besondere Beachtung verdienen vor diesem Hintergrund die Aktivitäten der EU-Kommission im Bereich "Nachhaltige Stadtentwicklung" (DG "REGIO" und "Umwelt") sowie im Bereich "Jugend" (DG Bildung, Ausbildung und Jugend). Hinzu kommen Forschungsaktivitäten der Europäischen Forschungsprogramme im Bereich Stadtentwicklung sowie der sozio-ökonomischen Forschung.

Die Europäische Kommission hat 1997 die Mitteilung **"Wege zur Stadtentwicklung in der Europäischen Union"** verabschiedet. Hierdurch wurde nach dem Grünbuch zur städtischen Umwelt 1990 die Absicht bekräftigt, Auswirkungen der EU-Politiken auf die Städte zu untersuchen und deren Wirksamkeit auf städtischer Ebene zu verbessern. Damit wurde der Tatsache Rechnung getragen, dass zahlreiche EU-Politikfelder de facto eine städtische

Relevanz aufweisen. EU-Initiativen sollten deshalb "stadtbezogener" gemacht und eine integrierte städtische Entwicklung ermöglicht werden.

Der EU-Aktionsrahmen für nachhaltige Stadtentwicklung zielt auf besser koordinierte und gezieltere Gemeinschaftsaktionen hinsichtlich städtischer Probleme ab und gruppiert sich anhand vier Politikzielen.

1. Stärkung des wirtschaftlichen Wohlstands und der Beschäftigung in den Städten
2. Förderung von Gleichheit, sozialer Eingliederung und Erneuerung in städtischen Gebieten
3. Schutz und Verbesserung der städtischen und globalen Umwelt: hin zu lokaler und globaler Nachhaltigkeit
4. Beitrag zu einem guten Stadtmanagement und zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung

Die Zielsetzungen der Kommission werden durch Pilotvorhaben und die **Gemeinschaftsinitiative URBAN** sowie interregionale Kooperationsprojekte, wie **RECITE II** umgesetzt. In den laufenden Projekten findet sich ein sehr breites Spektrum an Initiativen zur Quartierserneuerung wieder, die nach ersten Punkt-recherchen Kinder und Jugendliche mit einbeziehen.

Im **Programmbereich Bildung, Ausbildung und Jugend** der Generaldirektion "Bildung, Ausbildung und Jugend" werden unmittelbare kinder- und jugendrelevante Projektförderungen durchgeführt. Insbesondere die nachfolgenden Programme sind unter unterschiedlichen Blickwinkeln mit "Jugend im Quartier" befasst, z.B.:

- Experimentelle Maßnahmen mit Blick auf das Rahmenprogramm zur Kulturförderung: Förderbereiche sind Projekte, die die Teilnahme Jugendlicher insbesondere aus unterprivilegierten Schichten und mit multikulturellem Hintergrund fördern.
- Bereich Allgemeine Zusammenarbeit Bildung und Jugend: Hier werden Projekte, wie "Parlamente, die die Jugend Europas vertreten" gefördert und Initiativen zur aktiven Förderung der Beteiligung junger Menschen aus weniger begünstigtem Umfeld unterstützt.
- Innovationen und Verknüpfung von Gemeinschaftsprogrammen – CONNECT:  
Förderbereiche sind "Synergiebildung in Form von Verbindungsmaßnahmen zwischen den Bereichen Bildung, Kultur, Ausbildung, Innovation, Forschung und neue Technologien, die Bekämpfung der Gewalt an Schulen und von Schulversagen sowie die Unterstützung euro-

päischer Organisationen in den Bereichen Kunst, Kultur und Erhaltung des kulturellen Erbes

Zudem können in allen Teilprogrammen Studien, Sachverständigenitzungen, Informationsmaßnahmen und Veröffentlichungen unterstützt werden.

Darüber hinaus stehen die städtebaulichen und **sozio-ökonomischen Forschungsprogramme** in ihrem breiten Programmansatz prinzipiell auch kinder- und jugendrelevanten Aspekten gegenüber offen.

## 1.2 Recherche nationaler Programme

Im Rahmen der ersten Recherche konnten relevante Problemdarstellungen auf nationaler Ebene für die Niederlande, Großbritannien und Frankreich – allerdings zum Teil mit zeitlich schon zurückliegendem Veröffentlichungszeitpunkt (1993) - erfasst werden.

### Niederlande

Kinder und Jugendliche sind Zielgruppe bei der Erneuerung von Stadtvierteln in Krisensituationen. Den Schwerpunkt bilden dabei Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen. Das Programm der **"Erziehungsvorranggebiete"** des Erziehungs- und Wissenschaftsministeriums bezieht sich auf schulpflichtige Kinder und Jugendliche und richtet sich an die Gemeinden, die mit Trägern nichtöffentlicher Schulen zusammenarbeiten. Benachteiligte Stadtquartiere können "Erziehungsvorranggebiete" ausweisen und erhalten finanzielle Mittel zur Umsetzung einer lokalen Strategie zur Förderung von Kindern und Jugendlichen (i.d.R. Gebiete mit hohem Anteil ausländischer Schulkinder).

Weitere Programme beschäftigen sich mit vorzeitigen Schulabgängern. Sie stellen Ressourcen bereit, um diese Jugendlichen aufzufangen und ihnen Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen anzubieten. Ein spezieller Teil dieses Programms ist der Arbeit mit Jugendlichen aus Randgruppen gewidmet.

Das Ministerium für Wohlfahrt, Gesundheit und Kultur bietet ein Programm für eine Qualifizierungs- und Beschäftigungsinitiative für arbeitslose Jugendliche, das gleichzeitig auf die Verbesserung in städtischen Wohnquartieren abzielt. So wurden durch das Programm "Jugendliche bauen für Jugendliche" soziale Einrichtungen gebaut.

Außerdem gibt es in den Niederlanden das "Arbeitsplatzgarantiegesetz" für Jugendliche (1991: 72 Mio. Gulden für Projekte, die im Kontext zur Sozialen Erneuerung stehen).

Im Rahmen der PCG-beleid-Politik (Politik der Erneuerung sogenannter Problem-Kumulationsgebiete durch integrierte Projekte) initiierte die Gemeinde *Arnheim* das Qualifizierungsprojekt "Pflasterung und Grünunterhalt" zur Verbesserung des Wohnumfeldes mit 12 jungen Arbeitslosen für die Dauer von 2 Jahren, die eine begleitende praxisbezogene Ausbildung erhielten. Das "PCG-Schulungsprojekt" bietet darüber hinaus Jugendlichen aus den PCG-Quartieren und ausländischen Jugendlichen allgemein berufsbezogene Ausbildungen an.

In *Deventer* führten Jugendliche im Rahmen eines quartiersbezogenen Bau- und Unterhaltungsprojektes, in dem Schulung und bezahlte Arbeitserfahrung kombiniert wurden, einfache Verbesserungs- und Unterhaltsarbeiten an Wohnungen und im Wohnumfeld aus.

In einem Qualifizierungs- und Arbeitserfahrungsprojekt der Gemeinde *Den Haag* wurden ca. 60 langzeitarbeitslose Jugendliche bei der Gemeinde angestellt und hatten Gelegenheit, an zwei bis drei verschiedenen Arbeitsplätzen Erfahrungen zu sammeln. Dieses Projekt verzeichnete eine Erfolgsquote von etwa 85%.

Der Fonds Soziale Erneuerung beinhaltet eine "Stiftung Jugend und Familie", die ein "Jugendpräventionsprojekt" durchführt, in dem sie mit Jugendlichen arbeitet, die in kriminelle Verhaltensweisen abzurutschen drohen.

### **Großbritannien**

In Großbritannien befassten sich Anfang der 90er Jahre zwei nationale Programme mit der umfassenden Revitalisierung von benachteiligten Stadtquartieren. Dabei handelt es sich um das sog. "City-Challenge-Programm", das in ausgewählten englischen Städten zur Anwendung kommt, und das "Partnerschafts-Programm", das modellhaft in vier schottischen Siedlungen erprobt wird.

So nahm ***Manchester-Hulme*** am "City-Challenge-Programme" (1992-1997) teil. Das Stadtviertel hat einen hohen Anteil an Studenten, aber auch einen überdurchschnittlichen Anteil an Bewohnern ohne Schulabschluss. So wurde ein Trust gegründet, der in einem "Constructing Skills Training Centre" junge Arbeitslose in Bauberufen qualifiziert. Mit dem "Local Labour Scheme" soll sichergestellt werden, dass junge Arbeitslose aus dem Quartier einen Arbeitsplatz bei den dort stattfindenden Bauarbeiten erhalten. Weiteres Ziel des Programms ist es, die Teilnahmequote von schulpflichtigen Kindern und Jugendlichen in den Schulen Hulmes zu verbessern und Dienste und Einrichtungen für Kinder und Jugendliche zu entwickeln.

Das schottische ***Ferguslie-Park*** nahm am "Partnerschafts-Programm" teil. Ein soziales Problem des Gebietes ist die große Zahl der arbeitslosen Schulab-

gänger. So sind die Qualifizierungsmaßnahmen für Jugendliche zentrales Thema des Stadtentwicklungsprogramms. Die Ausbildungsinitiativen wurden am Bedarf am Arbeitsmarkt und möglicher künftiger Arbeitgeber orientiert. Die "Home School Employment Partnership" soll ein Netzwerk zur Unterstützung junger Leute von ca. 5-16 Jahren (bis in die erste Zeit der Beschäftigung oder Ausbildung) bieten. Dabei handelt es sich um ein umfassendes und integriertes Projekt, das auf die jeweilige familiäre Situation ausgerichtet ist. In einer Untergruppe "Bildung" der Partnerschaft ist es Ziel, das Umweltbewusstsein der Schüler zu stärken. Dafür können Schüler unter Anleitung ihrer Lehrer Projekte in einem neu angelegten Park ausführen.

Auch der private Sektor hat Einfluss auf Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten von Jugendlichen. So gibt es in Großbritannien eine Zusammenarbeit der Unternehmen mit Schulen im Rahmen von "**Education-Business-Partnerships**". Die Unternehmen knüpfen Kontakte mit Schulen, stellen Praktikumsplätze zur Verfügung, vermitteln Einblicke in Arbeitswelt und Betrieb oder bieten Anreize zu größeren Anstrengungen der Schüler, z.B. in Form von Ausbildungs- oder Beschäftigungsgarantien nach erfolgreichem Schulabschluss.

Ziel des Aufbaus eines Lokalen Jugendforums in **Rushmoor** (Rushmoor Local Agenda 21 Youth Action Forum) ist es, Jugendliche zwischen 14 und 21 Jahren in den Lokalen Agenda 21 Prozess einzubinden. Die Lokale Agenda 21 in Rushmoor basiert auf der erfolgreichen "Plymouth Young Persons Agenda 21" und wird von den Jugendlichen selbst gemanagt. Eine Steuerungsgruppe von Erwachsenen mit dem Lokale Agenda 21 - Koordinator, ein Forschungsassistent des Farnborough Colleges of Technology und ein Jugendleiter unterstützen die Aktivitäten der Jugendlichen. Das Forum ermächtigt die Jugendlichen, an lokalen Entscheidungen mitzuwirken und ermöglicht eine aktive Mitwirkung z. B. in den Bereichen Kunst, Journalismus. Damit reflektieren die Projekte die Umwelt und sozialen Angelegenheiten der Jugendlichen. Für die Zukunft wird die Bildung einer neuen Initiative erwogen, um weiterhin Jugendliche in den Prozess der Lokalen Agenda 21 einzubeziehen. Diese Initiative ist eine direkte Antwort auf die Bitte von Mitgliedern und dem Local Agenda 21 Future Search Action Team.

### **Frankreich**

Den Schwerpunkt der Aktivitäten bilden auch in Frankreich Beschäftigungs-, Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen.

Ein Förderprogramm für arbeitslose Jugendliche zwischen 16 und 25 Jahren umfasst Ausbildungs-, Qualifizierungs-, Anpassungs- und Orientierungsverträge, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Maßnahmen zur Förderung von Schulabschlüssen. Alle Verträge umfassen ein bestimmtes Kontingent an Bil-

ungsmaßnahmen. Die Arbeitgeber erhalten Lohnkostenzuschüsse bzw. Steuererleichterungen.

Mit der Ausweisung von "Erziehungsvorranggebieten" sollen außerdem Mittel bereitgestellt werden, um beispielsweise schulische Defizite auszugleichen oder spezielle Einrichtungen zu installieren. Dabei kann es sich auch um auf die Eltern von Schülern gerichtete Maßnahmen handeln.

Ziel eines Beschäftigungs- und Qualifizierungskonzeptes der regionalen Zentrale des Energieunternehmens EDF war es, afrikanischen und maghrebinischen Jugendlichen zwischen 20 und 23 Jahren Verantwortung zu übertragen und sie von der Straße zu holen. Die Jugendlichen arbeiten halbtags als Stromableser, holen parallel dazu ihren Schulabschluss nach und erhalten ein Diplom im Bereich der Elektrizität. Die Jugendlichen sollen im Anschluss an den 18-monatigen Vertrag von den jeweiligen Unternehmen in reguläre Beschäftigungsverhältnisse übernommen werden.

Außerdem waren im Jahr 1991 in Frankreich etwa 200 Lokale Kommissionen als Vereine zur Beschäftigungsförderung von Jugendlichen zwischen 16 und 25 Jahren konstituiert. Berufliche und soziale Maßnahmen dieser Vereine sind beispielsweise die Information und Orientierung von Jugendlichen, Bedarfsanalysen, die Analyse ökonomischer und sozialer Potenziale von Jugendlichen und Stadtteilen, die Koordinierung und Begleitung integrativer Maßnahmen und die Unterstützung und Förderung von Existenzgründern. Diese Kommissionen/Vereine finanzieren sich durch Mittel der Gemeinden und des Zentralstaates.

Aktuelle Schwerpunkte der nationalen Programme im Rahmen der "politique de la ville" sind:

- Projekte der Quartierssanierung durch Jugendliche
- Selbstverwaltete Quartiersfonds aus denen Jugendprojekte finanziert werden

Aktuell laufende Projekte konnten in der **Region Nord-Pas de Calais** recherchiert werden. Innerhalb der umfassenden öffentlichen Aktivitäten zur Erneuerung des ehemaligen Bergbaureviers werden Jugendparlamente in die Projektentwicklung eingebunden.

### 1.3 Weitere Einzelprojekte

Weitere Einzelprojekte konnten als Bausteine des europäischen Verbundvorhabens **ICTULA** (Information and Communication Use with Local Agenda 21 Processes) identifiziert werden.

### **Turku / Finnland**

In Kooperation mit der Universität von Turku simulierten zwei "secondary school" – Klassen die zukünftige Stadtentwicklung ihres Stadtteils und testeten Simulationssoftware für die Visualisierung von Plänen und Räumen. Die visuelle Simulation der Entwicklung des Stadtteiles Hirvensalo basierte auf Karten und Informationen des Planungsamtes.

Die Schüler diskutierten diese Pläne und entwickelten eigene Ideen für die Zukunft des Stadtteils. Ihre Ideen wurden ebenfalls simuliert und mit den offiziellen Planungskonzepten verglichen.

### **Wien / Österreich**

Die Stadt Wien setzte im Alsergrund das Konzept der "Lokalen Agenda 21" um. Das Projekt wurde von der Stadt Wien finanziert und von der Bezirksvertretung des 9. Bezirkes und der Volkshochschule Wien Nord-West unterstützt. Die Mittel standen der Stadt im Rahmen der EU-Präsidentschaft zur Verfügung.

Es wurde ein Agenda-Büro außerhalb des Magistrates eingerichtet und das eigentliche Projekt abgewickelt. Fachleute nahmen im Auftrag des Agenda-Büros eine Einschätzung der Stärken und Schwächen im Betrachtungsgebiet vor.

Mit dem Ziel, die Jugendlichen Wiens anzusprechen, wurde in der Zeit vom 7. Oktober bis 23. Dezember 1998 in der Wiener Planungswerkstatt, - einer Einrichtung der Stadt Wien, die die Aufgabe hat, aktuelle Fragen der Stadtplanung in Form von Plänen, Photos und Modellen einfach und rasch der Wiener Bevölkerung zu präsentieren -, die Ausstellung "Urban Space Lab" gezeigt. Dabei handelte es sich um ein virtuelles Stadtplanungslabor für Jugendliche. Im "Urban Space Lab" konnten Jugendliche, aber auch interessierte BürgerInnen und Fachleute surfen, zappen oder sich einfach entspannen, aber auch diskutieren, Projekte präsentieren oder Videofilme und Radioclips produzieren. Für jede Jugendgruppe gab es das geeignete Betreuungsangebot, abgestimmt auf Gruppengröße, Alter und spezielle Interessen.

Ziele der Ausstellungen und Aktionen waren:

- bei den Jugendlichen Interesse für die "Zukunft der Stadt" zu wecken,
- Gemeinsamkeiten und Unterschiede, aber auch Tendenzen zur Vereinheitlichung herauszuarbeiten,
- Problemfelder und interessante Strategien anderer europäischer Städte aufzuzeigen,
- Interesse an anderen europäischen Städten und deren Problemlösungen zu wecken,
- Potentiale für die Positionierung Wiens in Europa aufzuzeigen,

eine Aktivierung zur Teilnahme an der Mitgestaltung der "europäischen" Zukunft und Brückenschläge zwischen Generationen und Städten herbeizuführen.

Im sogenannten "Real Lab" des Urban Space Labs Wiens gibt es übersichtlich und "jugendgerecht" gestaltete Seiten mit optischen und akustischen Collagen, Stadtbildern u.ä., eine Beispielsammlung mit "Lösungen für die Zukunft" aus europäischen Städten, Objekte und Installationen, Workshops, Diskussionsrunden, Projektpräsentationen, Utopiespiel, Expertengespräche, Tele-Klassenzimmer und detaillierte Beschreibungen der vorgestellten Projekte und Dokumentationen der Veranstaltungen.

Das Büro "PlanSinn" übernahm die inhaltliche und technische Umsetzung der Internet-Seiten sowie der Ausstellung. Kooperation gab es hierbei mit mehreren Schulen und außerschulischen Jugendbetreuungseinrichtungen. Einzige Schwierigkeit bestand darin, mit der "schwierigen" Zielgruppe Jugendlicher umzugehen und die schwere Zugänglichkeit zu überwinden. Positive Erfahrung war vor allem der selbstverständliche Umgang der Jugendlichen mit den sie umgebenden Medien Web, Videoclips, interaktive Installationen usw. Aufgrund des großen Erfolgs soll das UrbanSpaceLab im Jahr 2000 wieder aufgelegt werden.

## **2. Einschätzung der Relevanz für die deutsche Fachdiskussion**

Die Recherche kinder- und jugendrelevanter Aktivitäten im Bereich der Stadtplanung/Stadterneuerung war vor allem in nordeuropäischen Ländern erfolgreich. Die Initiativen gehen in der Regel auf Projekte der Stadterneuerung in Krisenquartieren zurück. Im Zuge der AGENDA 21 Prozesse hat sich dieser Ansatz auf Beteiligungsmodelle an Prozessen der Stadtplanung verbreitert.

Die Europäische Union hat sich im vergangenen Jahrzehnt verstärkt gegenüber städtebaulichen Themen wie sektorübergreifenden Jugendprogrammen geöffnet. Die im Rahmen des europäischen Verbundprojektes ICTULA geförderten Jugendprojekte sind hierfür ein Beispiel. Angesichts der formulierten Politikziele ist mit einer weiteren Unterstützung sektorübergreifender (integrierter) Programme zu rechnen – wobei es hier in erster Linie von der Initiative der Mitgliedstaaten, Städte und Regionen abhängt inwieweit kinder- und jugendrelevante Themen in die konkrete Programm- und Projektausgestaltung Eingang finden.

Die ermittelten Aktivitäten und der Bezug zu den aktuellen Initiativen der EU lässt zusammenfassend die Frage nach einer Relevanz der Themen auf europäischer Ebene eindeutig bejahen.

Für eine vertiefende und breitere Betrachtung wird die Durchführung eines Fachworkshops mit Teilnehmern aus Frankreich, Großbritannien, Finnland, den Niederlanden und Österreich vorgeschlagen.

# Anhang

## Fallbeispiele

## Liste der Interviews

Interview 1 mit Herrn **Apel** (Büro Stadtkinder) vom 19.10.2000; Bezug: Städtebauliche Entwürfe mit Kindern, Buch "Kinder planen mit", Spielraumgutachten

Interview 2 mit Herrn Dr. **Bochnig** (Gruppe Freiraumplanung Landschaftsarchitekten) am 13.10.2000; Bezug: DKHW-Modellprojekt "Stadt für Kinder - Stadt für alle"

Interview 3 mit Frau Dr. **Brückner** und Frau **Leger** (DKHW) vom 27.10.2000; Bezug: Zentrale Informationsstelle zur Kinderpolitik, diverse Modellprojekte

Interview 4 mit Frau **Hesse** (Agendabeauftragte der Stadt Hannover) vom 13.10.2000; Bezug: weit fortgeschrittener Agendaprozess, Einbeziehung von Kindern- und Jugendlichen in den Agendaprozess

Interview 5 mit Frau **Kretzschmar** (Kordinatorin im BLK-Programm "21" Bildung für eine nachhaltige Entwicklung) am 4.10.2000; Bezug: Betreuung des BLK - Förderprogramms, "Bildung für eine nachhaltige Entwicklung", "Gemeinsam für die nachhaltige Stadt"

Interview 6 mit Herrn **Dau-Eckert**, Herrn **Kroll** und Herrn **Witte** (Stadtverwaltung Flensburg) am 10.11.2000; Bezug: Verankerung der Planung mit Kindern im Stadtplanungsamt, Flächensicherung im Flächennutzungsplan

Interview 7 mit Herrn Prof. **Lehwald** (Kinderbüro Leipzig) vom 07.11.2000; Bezug: Kinder planen ihren Stadtteil, Bund-Länder-Modellversuch zur Umweltbildung, Bundesbildungs- und Länderministerien

Interview 8 mit Herrn **Mehmann** und (Stadtteilbüro Gelsenkirchen Bismarck) und Herrn **Schabler** (Julius B) vom 19.10.2000; Bezug: Vorbildhaftes Stadtteilmanagement, Stadtteilschule, Initiative Julius B "Jung sein und leben in unserem Stadtteil"

Interview 9 mit Herrn **Raabe** (Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Wiesbaden) vom 18.10.2000; Bezug: Programm "Soziale Stadt"

Interview 10 mit Herrn Prof. **Stange** (FH Lüneburg) vom 9.11.2000; Bezug: Gemeinschaftsaktion "Schleswig-Holstein - Land für Kinder", Beteiligungsparagraph Gemeindeordnung, Modellprojekt: "Dorf für Kinder – Dorf für alle" Kinderfreundliche Dorferneuerung durch Beteiligung. Partizipation von Kindern und Jugendlichen

Interview 11 mit Frau **Winklhofer** und Frau **Zinser** (Deutsches Jugendinstitut e.V.) vom 23.10.2000; Bezug: Bundesweite Erhebung zu Beteiligungsprojekten

Ergänzendes Interview Z1 mit Frau **Schmitz** (Stadtbaurätin in Thönisvorst, Stellv. Vorsitzende des Deutschen Kinderhilfwerks) am 20.10.2000.

Ergänzendes Interview Z2 mit Frau **Müller** (Jugendhilfeplanungsausschuss Darmstadt) am 05.10.2000

Ergänzendes Interview Z3 mit Herrn **John** (Naturerlebnisraum Alte Stadtgärtnerei Kollhorst) am 9.11.2000

## Gesprächsleitfaden

### Bedürfnisse und Interessen von Kindern und Jugendlichen

- subjektive und objektive (*soziale, räumliche, differenziert nach Alter, Geschlecht, sozialer Herkunft, sonstigem*)

### Städtebau und Jugend

- Relevanzbewertung (*Gewaltprävention, Gesundheit, entwicklungspsychologische Aspekte, Spielraumrisiko, lebendige Demokratie, Bildung/Schule/B-L-Programm "Nachhaltige Bildung", Zusammenleben verschiedener Kulturen, Familien- und Kinderfreundlichkeit in der Stadt, Geburtenrate, Rolle freier Träger*)
- Erwartungen (*an Bund - BauGB, KJHG, DIN, Länder, Kommunen - FNP, B-Plan, Landschaftsplan, Spielraumentwicklung Bauordnung, Gemeindevsatzung, Familien- und Kinderverträglichkeitsprüfung, Spielfreundlichkeitsprüfung, Bebauungsplancheck, sonstiges*)
- Konfliktpotenzial

### Städtebauförderung

- "Soziale Stadt" (*Integration des Themas "Städtebau und Jugend / Kinder"; Nachhaltigkeit*)
- ExWoSt (*Schwerpunkt "Städte der Zukunft"; Stadtplanung mit Kindern und Jugendlichen bzw. kinder- und jugendgerechter Städtebau*)

### Projekte / Initiativen, Forschung

- Beschreibung, Ziele, Zielgruppe, Finanzierung, Organisation, Erfolgskriterien, Hemmnisse
- Ressortkooperation
- Verbindung Agenda-Prozess

## Handlungsbedarf

**a) Von den Experten wurde in den Interviews folgender Handlungsbedarf benannt:**

### **1. Aus- und Weiterbildung,**

- Aufbau eines bundesweiten Weiterbildungssystems für eine Stadtplanung mit Kindern und Jugendlichen sowie Förderung dieser Weiterbildung
- Integration entsprechender Inhalte in die Ausbildung von Planern und Pädagogen
- Weiterbildung der im Themenfeld Beschäftigten im Bereich Nachhaltigkeitswissen, ökologische Zusammenhänge, Ressourcennutzung, Lokale Agenda 21
- Chefseminare zu Wirtschaftsförderung und Standortsicherung durch Kinder und Jugendfreundlichkeit

### **2. Informations- und Öffentlichkeitsarbeit, Vermittlung**

- Eingängige Darstellung der rechtlichen Zusammenhänge - Öffentlichkeitsarbeit zu den bestehenden Beteiligungsrechten.
- Bundesweite Broschüre mit Anregungen zur Methodik einer Stadtplanung mit Kindern und Jugendlichen
- Ansprechende Dokumentation guter Projekte
- Kampagne zum Abbau des Negativbilds von Jugendlichen in der Öffentlichkeit
- Kampagne für eine kinder-, jugend- und familienfreundliche Stadtentwicklung
- Ausbau und Weiterentwicklung einer zentralen Informationsstelle (Infostelle Kinderpolitik) in Richtung multimedialer Inhalte bzw. Lernmaterialien

### **3. Rechtliches Instrumentarium**

- Explizite Benennung der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen im § 3 des BauGB
- Qualifizierte Kommentierung des § 3 BauGB im Hinblick auf das KJHG und die GO Schleswig-Holstein § 47f
- Aufnahme von Aktivspielflächen, Naturerfahrungsräumen und Naturspielflächen in den Flächenkatalog zur Flächennutzung und Bebauungsplanung
- Etablierung einer Spielraumanalyse als Standardgutachten im Rahmen der städtebaulichen Sanierung (der sozialen Stadt)
- Rechtliche Überprüfung des allgemeinen Verwaltungshandelns (Verwal-

tungsgerichtsordnung § 114) im Hinblick auf die Verpflichtungen aus der UN-Kinderrechtskonvention, entweder durch Musterprozess (Normenkontrollverfahren) oder Juristentag

- Aufnahme der Maßgaben aus der DIN 18034 in die Landesbauordnungen
- Festschreibung der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der Verkehrsentwicklungsplanung

#### **4. Fachplanerisches Instrumentarium und Initiativen**

- Bestandsaufnahme von Spielräumen und Spielplätzen etablieren
- Etablieren von Beteiligungs- und Qualitätsstandards in Bezug auf Kinder und Jugendliche, im Rahmen des Bund-Länder Programms "die soziale Stadt"
- Maßnahmen entwickeln zur tatsächlichen Sicherung von spezifischen Flächen für Kinder und Jugendliche im Flächennutzungsplan sowie im Bebauungsplan
- Rechtliches Gutachten zur Klärung der Frage, ob ein Bolzplatz bzw. eine Skateranlage ein Spielplatz oder eine Sportanlage ist. Aber auch Klärung der Fragen: - was ist ein Spielplatz? - was ist eine Aktivspielfläche? - was ist eine Sportfläche?
- Rechtliches Gutachten zur Bewertung der Baugesetzgebung im Hinblick auf Kinder- und Jugendfreundlichkeit
- Städtebauliches Gutachten zum Umgang mit Parkflächen und Spielflächen auf der Straße
- Städtebauliches Gutachten zur gegenseitigen räumlichen Verflechtung von Baugebieten und Ortsrand mit Naturspielflächen, Aktivspielflächen und der freien Landschaft
- Erprobung bzw. Festschreibung der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an Verkehrsentwicklungsplanung
- Forschungs- und Anwendungsinitiative einfacherer Lesbarkeit von Bauleitplänen für die Anwendung in der Schule und bei der Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und Familien – Szenarien
- Modellprojekt mit Kindern und Jugendlichen "Die soziale Stadt gestalten"
- Beispielverbund guter Projekte aufbauen
- Beispielentwicklung für die einfachere Darstellung von Planungen

#### **5. Städtebauförderung**

- Koppeln von Bundeszuschüssen an nachweislich gesunkenen Unfallzahlen
- Koppeln von Bundeszuschüssen an Qualitätskriterien in Bezug auf Kinder- und Jugendfreundlichkeit
- Landesinitiativen bzw. Förderungsstruktur wie in Schleswig-Holstein und

Rheinland-Pfalz auf alle Bundesländer ausweiten

- Finanzierung einer begleitenden Moderation bzw. Fachplanung
- Progressive Förderung mit dem Ziel einer kinder- und familienfreundlichen Stadt
- Förderprogramm für eine kinder- und familienfreundliche Stadt
- Modellprojekte für ein jeweils konsequent kinder-, jugend- und familienfreundlich geplantes Neubaugebiet, Altbaugelände, 60er/70er Jahre Großsiedlungsgebiet oder Dorf
- gezielte Fördermittel zur Unterstützung einer Agendaarbeit mit Kindern und Jugendlichen mit der Zielrichtung Stadtentwicklung
- Förderung von ökologischer Bildungsarbeit entweder im Hinblick auf Projektlehrer an Schulen oder Betreuung von Naturspiel- und Naturerfahrungsräumen

## **6. Bundesweite Standards und Empfehlungen in Bezug auf kinder- und jugendgerechte Stadtentwicklung**

- Standardentwicklung für Beteiligungsverfahren mit Kindern und Jugendlichen - Kopplung der Zuschüsse an die Einhaltung gestellter Kriterien
- Bundesweite Empfehlungen in Hinblick auf eine Spielleitplanung mit definierten Qualitätsstandards
- Initiative zur Etablierung des § 47f GO Schleswig-Holstein in allen Gemeindeordnungen

## **7. Bereich der allgemeine Schulbildung**

- Etablierung eines Bildungsinhaltes "Stadtentwicklung" in die allgemeine Schulbildung
- Konzertierte Unterstützung der laufenden Initiativen aufgrund der besonderen gesellschaftlichen Relevanz
- Entwicklung von Inhalten und Methoden, die auf eine nachhaltige Stadtentwicklung, insbesondere Umgang mit Ressourcen, abzielen
- Öffnung der Schule für Belange des Stadtteils und der Kommune (Stadtteilschule)

## b) Handlungsempfehlungen

Aus den zuvor beschriebenen Äußerungen der Experten zum Handlungsbedarf bezüglich Planungsoptimierung und Interessenberücksichtigung von Kinder- und Jugendlichen lassen sich vor dem Hintergrund der Gesamtstudie folgenden Handlungsempfehlungen ableiten:

1. Aufbau eines **Anwendungs- und Forschungsnetzwerks**, das auf den Handlungsrahmen "kinder-, jugend- und familienfreundliche Stadtentwicklung" ausgerichtet ist.
  - Gesetzgebung / u.a. Empfehlung eines Rechtsgutachtens zur Beteiligungspflicht von Kindern und Jugendlichen sowie Aufnahme von neuen Flächenkategorien (Aktiv- und Naturspielflächen) in den Flächenkatalog des BauGB.
  - Bildungskonzepte für Schulen (ggf. Kindergärten) zu unterstützen und weiter zu entwickeln (nachhaltige Stadtentwicklung "Planen lernen")
  - Methoden zu spezifischen Beteiligungsproblemen weiterentwickeln (Interesse wecken, Scheinbeteiligungen vermeiden)
  - Qualifizierungskonzepte für die kommunalen Akteure entwickeln und fördern.
2. **Stärkung der Zusammenarbeit mit dem BMFSJF** und der Kooperation mit anderen Bundesministerien.
3. Etablierung von **Spiel- und Aktionsraumanalysen** (vorbereitendes Gutachten) zusammen mit Kindern und Jugendlichen als verbindliche Grundlage der städtebaulichen Planung und Sanierung.
4. **Bundeskoordinationsstelle** einrichten, die auf eine gegenseitige Ausrichtung der Aktivitäten der Beteiligten zielt.
5. Weiterentwicklung des **Rahmenkonzepts "Familien- und Kinderfreundlichkeit in der Kommune"** des Bundesministerium für Familie, Senioren, Jugend und Frauen (BMFSJF), hin zu einer stärkeren Ausrichtung auf die räumlichen, baulichen sowie planerischen Zusammenhänge.
6. Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der **Verkehrsentwicklungsplanung**.

7. Eine besondere Rolle spielt die weitere Entwicklung des Instruments **Kommunale Spielleitplanung** Hierbei sollte auf den Erfahrungen in Schleswig-Holstein (Beteiligungsparagraph und Demokratiekampagne) und Rheinland-Pfalz (Konzept der Spielleitplanung und interministerielle Arbeitsgruppe) aufgebaut werden. Durch das **Zusammenführen** der Ergebnisse der beiden Landesinitiativen könnte unter Beteiligung des Bundes und ggf. weiterer Länder ein vorbildliches Rahmenkonzept für die Entwicklung eines nachhaltigen kinder- und jugendfreundlichen Quartiers geschaffen werden.

## Mitglieder des Forschungsverbundes

Mitglieder des Forschungsverbundes, die enger in die Studie einbezogen wurden:

Dr. Bettina **Brohmann**, Öko-Institut, Darmstadt

Prof. Dr. Wolfgang **Dickhaut**, Fachhochschule Hamburg

Dipl.-Ing. Joachim **Fahrwald**, memo-consulting, Seeheim-Jugenheim

Dr. Uwe **Ferber**, Projektstadt, Leipzig

Dipl.-Ing. Jürgen **Keutz**, memo-consulting, Seeheim-Jugenheim

Dr. Harald **Kissel**, Leiter des Stadtplanungsamtes Darmstadt

Prof. Dr. Michael **May**, Fachhochschule Wiesbaden

Prof. Bernhard **Meyer**, Evangelische Fachhochschule, Darmstadt

Rudolf **Raabe**, LMR, Hessisches Wirtschaftsministerium

Dipl.-Ing. Norbert **Schäfer**, Stadt und Natur - Niemetz Landschaftsarchitekten,  
Oestrich-Winkel

Prof. Waldemar **Stange**, Fachhochschule Lüneburg

Dipl.-Ing. Ursula **Stein**, Büro für Raumplanung und Kommunikation,  
Frankfurt/M.; Vorsitzende des SRL-Landesverbandes Hessen/Rheinland-  
Pfalz/Saar

M.A. Andrea **Weber** (zuvor Dipl.-Soz. Siegfried **Röck**), Bundesamt für Bau-  
wesen und Raumordnung, Bonn

Dipl.-Biol. Peter **Werner**, Institut Wohnen und Umwelt, Darmstadt

Dr. Ursula **Winklhofer**, Deutsches Jugendinstitut, München

Dr. Dieter **Wittmann**, Geschäftsführer, Institut für kommunale Wirtschaft und  
Umweltplanung, Wiesbaden